



Antrag auf Einbürgerung

- nach § 8 StAG
 § 9 StAG
 § 10 StAG

Bitte alle Fragen beantworten. Zutreffendes ankreuzen oder ausfüllen. Nichtzutreffendes mit „entfällt“ oder „nicht zutreffend“ kennzeichnen. Sollte der Platz bei einer Frage nicht ausreichen, weitere Ausführungen bitte auf ein Bei-
blatt.

Ich beantrage die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit (Einbürgerung).

1. Angaben zur Person

1.1 Personalien

Vermerke der Behörde

Familienname
(ggf. auch Geburtsname)

Vorname(n)

Geburtsdatum

Geburtsort, Kreis, Staat

Anschrift am Ort des dauern-
den Aufenthalts
(Postleitzahl, Wohnort, Straße,
Hausnummer)

Familienstand

- ledig verheiratet
 verwitwet geschieden
 getrennt lebend seit eingetragene
Lebensgemeinschaft

Tag und Ort der Eheschließung

Telefon - eMail

Familienname des Ehegatten
(ggf. auch Geburtsname)

Vorname(n)

Geburtsdatum

Geburtsort, Kreis, Staat

Anschrift am Ort des dauern-
den Aufenthalts
(Postleitzahl, Wohnort, Straße,
Hausnummer)

Telefon - eMail

Wenn Einbürgerung nicht beantragt ist, Gründe

Vermerke der Behörde

Frühere Ehen	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Erste Ehe	von	
aufgelöst durch ¹⁾	_____	
Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten	_____	
Zweite Ehe	von	
aufgelöst durch ¹⁾	_____	
		bis _____
Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten	_____	
1.2 Status		
Staatszugehörigkeitsverhältnisse		bis _____
Derzeitige Staatsangehörigkeit(en)		
durch (Paß, Staatsbürgerschafts- nachweis usw.)	belegt <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Frühere Staatsangehörigkeit(en)	_____	
Verlustgrund	_____	
Verlust der Staatsangehörigkeit(en) ist nachgewiesen durch	_____	
Volkszugehörigkeit	_____	
Besonderer Status:		
Vertriebener nach BVFG	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Asylberechtigter	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Ausländischer Flüchtling	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
belegt durch	_____	

¹⁾ Bei Ehescheidungsurteilen Datum und Rechtskraft angeben, bei ausländischen Entscheidungen auch angeben, ob sie für den deutschen Rechtsbereich anerkannt sind.

1.3 Wehrdienst

Vermerke der Behörde

Wehrdienstpflichtig ja nein

Von der Wehrpflicht befreit ja nein

Wehrpflicht erfüllt ja nein

anderer Militärdienst ja nein

in wessen Dienst _____

Zeitraum _____

Bei Dienst in der deutschen Wehrmacht, den angeschlossenen oder unterstellten Verbänden während des Zweiten Weltkriegs sind Einheit und ggf. Kriegsgefangenschaft anzugeben.

1.4 Aufenthalt

Auslandsaufenthalte (Zeit, Ort, Kreis, Staat)

von _____ bis _____ in _____

von _____ bis _____ in _____

von _____ bis _____ in _____

von _____ bis _____ in _____

von _____ bis _____ in _____

von _____ bis _____ in _____

Inlandsaufenthalte (Zeit, Ort, Kreis, Staat)

von _____ bis _____ in _____

von _____ bis _____ in _____

von _____ bis _____ in _____

von _____ bis _____ in _____

von _____ bis _____ in _____

von _____ bis _____ in _____

Aufenthaltsberechtigung ja nein

Aufenthaltsurlaubnis ja gültig bis _____ nein

Aufenthaltsbefugnis ja gültig bis _____ nein

Aufenthaltsbewilligung ja gültig bis _____ nein

1.5 Ausbildung

Schulbildung (Zeit, Schulart, Abschluss, Staat):

Berufsausbildung (Zeit, Berufsart, Abschluss, Staat):

Vermerke der Behörde

1.6 Arbeitsverhältnisse

Selbständige Tätigkeiten - in den letzten 10 Jahren, Zeit, Art -

Nicht selbständige Tätigkeiten - in den letzten 10 Jahren, Zeit, Art, Anschrift des Arbeitgebers -

1.7 Eltern

Leibliche Eltern Adoptiveltern

Die Annahme als Kind ist nachgewiesen durch

	Vater	Mutter
Familienname (ggf. auch Geburtsname)		
Vorname(n)		
Geburtsdatum		
Geburtsort, Kreis, Staat		
Staatsangehörigkeit		
Volkszugehörigkeit		
Wohnort, Kreis, Staat		
verstorben	<input type="checkbox"/> ja am _____ <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja am _____ <input type="checkbox"/> nein
Tag, Ort und Staat der Eheschließung		

Nur zu beantworten bei minderjährigen Einbürgerungsbewerbern/-bewerberinnen

Vermerke der Behörde

Die Ehe der Eltern besteht fort ja nein

Die Vertretungsbefugnis liegt bei _____
Die Vertretungsbefugnis beruht auf _____
(gerichtliche Anordnung o. a.)

1.8 Kinder

Hier sind alle diejenigen Kinder aufzuführen, deren gesetzliche Vertretung dem/der/den Einzubürgernden kraft elterlicher Sorge zusteht.

	1.	2.
Familienname (ggf. auch Geburtsname)	_____	_____
Vorname(n)	_____	_____
Geburtsdatum	_____	_____
Geburtsort, Kreis, Staat	_____	_____
Staatsangehörigkeit	_____	_____
Miteinzubürgern	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	3.	4.
Familienname (ggf. auch Geburtsname)	_____	_____
Vorname(n)	_____	_____
Geburtsdatum	_____	_____
Geburtsort, Kreis, Staat	_____	_____
Staatsangehörigkeit	_____	_____
Miteinzubürgern	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Das Kind unter Nummer _____ stammt aus der jetzigen Ehe.
Das Kind unter Nummer _____ stammt aus früherer Ehe.
Das Kind unter Nummer _____ ist nichtehelich.
Das Kind unter Nummer _____ ist angenommen (Adoption).

2. Sprachkenntnisse, strafbares Verhalten, wirtschaftliche Verhältnisse
2.1 Sprachkenntnisse durch

Elternhaus ja nein
Schulbesuch ja nein
Selbststudium ja nein
Aufenthalt im deutschsprachigen Raum ja nein

Angabe des Staates _____
Besuch eines deutschen Sprachinstituts von _____
bis _____
Name und Sitz des Instituts _____

2.2 Strafbares Verhalten

Straftaten und Ordnungswidrigkeiten

Angaben über Datum, erkennendes Gericht, Tatbestand und Strafmaß bei noch nicht getilgten Strafen

Vermerke der Behörde

Angaben über Datum, Behörde, Tatbestand und Buße bei Ordnungswidrigkeiten der letzten drei Jahre

Angaben über anhängige Ermittlungsverfahren

2.3 Wirtschaftliche Verhältnisse

Ausgeübter Beruf _____

Brutto-Einkünfte

monatlich jährlich

Betrag _____ €

Grundstücke oder Vermögen _____

Hypotheken, Schulden _____

Steuerrückstände bestehen für mich

ja nein

Im Schuldnerverzeichnis bin ich eingetragen

ja nein

Alterssicherung
durch _____

ja nein

Bezug von Sozialhilfe nach SGB XII

ja nein

Bezug von Sozialgeld nach SGB II

ja nein

Bezug von Arbeitslosengeld II nach SGB II

ja nein

Höhe der monatlichen Sozialhilfe/Sozialgeld/Arbeitslosengeld _____

Wurde früher Sozialhilfe gewährt?

ja nein

Wenn ja, wann _____

Bestehen Unterhaltsverpflichtungen?

ja nein

Wenn ja, gegenüber welchen Personen? _____

Anschrift des(r) Unterhaltsberechtigten _____

Bestehen Unterhaltsrückstände? ja nein
Höhe der Unterhaltsrückstände
Brutto-Einkünfte der Familienangehörigen monatlich jährlich
Name: _____ Betrag _____ €
Name: _____ Betrag _____ €

Vermerke der Behörde

Nur zu beantworten bei Personen ohne eigene Einkünfte

Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche ja nein
Name und Anschrift des/der Unterhaltspflichtigen

Brutto-Einkünfte des/der Unterhaltspflichtigen monatlich jährlich
Betrag _____ €

3. Vermeidung von Mehrstaatigkeit

Ich/wir bin/sind bereit, die bisherige(n) Staatsangehörigkeit(en) aufzugeben und verpflichte(n) mich/uns, nach schriftlicher Zusicherung der Einbürgerung, die erforderlichen Schritte zu unternehmen ja nein
Falls nein, Gründe

4. Sonstiges

Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit habe ich bereits früher beantragt ja nein
bei (Behörde)

Der Antrag wurde abschlägig beschieden am _____

Der Antrag wurde von mir zurückgenommen am _____

Mit der Auskunftserteilung der für mich zuständigen Finanz- und Sozialbehörden sowie der Arbeitsverwaltung bin ich einverstanden.

Mir ist bekannt, dass für die Einbürgerung eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 255,00 € erhoben wird und auch die Ablehnung oder die Zurücknahme des Antrags gebührenpflichtig ist.

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich habe davon Kenntnis, dass falsch oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder Rücknahme der Einbürgerung führen können.

Ich verpflichte mich, Änderungen meiner persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse unverzüglich mitzuteilen.

Ort, Datum

Unterschrift(en)
des/der Einbürgerungsbewerbers/-bewerberin
oder des/der gesetzlichen Vertreter(s)

Anmerkung zu Einbürgerungen nach § 8 des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG):

Gemäß § 16 Abs. 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes erstreckt sich die Einbürgerung, insoweit nicht in der Urkunde ein Vorbehalt gemacht wird, zugleich auf diejenigen Kinder, deren gesetzliche Vertretung dem/der/den Eingebürgerten kraft elterlicher Sorge zusteht.

Die Erstreckung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit auf das/die in Nummer 1.6 aufgeführte(n) Kind/Kinder stimme(n) ich/wir zu.

Vermerke der Behörde

Ort, Datum

Unterschrift(en)
des/der Einbürgerungsbewerbers/-bewerberin
oder des/der gesetzlichen Vertreter(s)

Die vorstehende(n) Unterschrift(en) wurde(n) vor mir vollzogen. Das wird hiermit amtlich bestätigt.

Ort, Datum

Bezeichnung der Behörde



(Dienstsiegel)

Unterschrift und Amtsbezeichnung
